



Zwischen Lehre und Leere: Ausbildung in Berlin

Analyse der Onboarding- und Ausbildungsmaßnahmen
des Landes Berlin von 2019 bis 2022

Herausgebende Stelle:

Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung

für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin

Veröffentlichung mit Beschluss vom 07.08.2023

Kontakt:

hjav@hjav.berlin.de

www.berlin.de/hjav

Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung



*für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten
des Landes Berlin*

*Auf den folgenden Seiten analysiert die **Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung des Landes Berlin**, an welchen Stellen im Finden und Qualifizieren von Nachwuchskräften Defizite bestehen. Als Grundlage hierfür gilt eine Abfrage der Haupt-JAV unter den Dienststellen im Land Berlin, welche im Zeitraum vom 06. Januar 2023 bis zum 05. Mai 2023 Daten zugelifert haben. Hierbei konnte Zahlenmaterial aus 19 Dienststellen des Landes Berlin zusammengetragen und sorgfältig ausgewertet werden. Insgesamt stehen uns Daten zu 478 Ausschreibungen und mehr als 11.600 zu besetzenden Stellen in knapp 60 verschiedenen Ausbildungen, Studien oder Vorbereitungsdiensten aus den Jahren 2019 bis 2022 zur Verfügung. Zur Vereinfachung der Lesbarkeit erfasst das Wort Ausbildung im Folgenden alle Arten der Berufsqualifizierung. Nicht alle Dienststellen konnten vollständige Daten zu allen erfassten Parametern liefern, in diesem Fall wurden sie von der Berechnung der jeweiligen Daten ausgeschlossen.*

1. Einleitung

Der demografische Wandel und der anhaltende Fachkräftemangel stellen Arbeitgebende bei der Rekrutierung neuer Beschäftigter vor immer weiter wachsende Herausforderungen. Insbesondere der öffentliche Dienst hat enorme Probleme, die gleiche Anpassungsfähigkeit eines Start-ups oder anderer Unternehmen aus der Privatwirtschaft aufzuweisen. Um diesem Problem entgegenzuwirken, haben Teile des Berliner Landesdienstes bereits vor einiger Zeit erkannt, dass neue Wege beim Gewinnen von Nachwuchskräften beschriftet werden müssen.

Die Rekrutierung von Auszubildenden erfolgt heute vermehrt über soziale Medien, Berufsmessen oder auch über Innovationen, wie den [Karrierebus](#). Der öffentliche Dienst hat scheinbar erkannt, dass er sich vor modernen Rekrutierungsmethoden nicht verschließen kann.

Obwohl das Land Berlin eine hervorragende Arbeitsplatzsicherheit bietet, gibt es noch Verbesserungsbedarf bei anderen entscheidenden Faktoren, die bei der Wahl des Arbeitgebenden eine Rolle spielen. Attraktive Bezahlung, eine ausgewogene Work-Life-Balance oder die Möglichkeit des mobilen Arbeitens sind Aspekte, bei denen noch erheblicher Handlungsbedarf besteht.

Im Folgenden soll aufgezeigt werden, dass bestimmte Bereiche des öffentlichen Dienstes für Bewerbende wenig attraktiv scheinen und dass der Mangel an Bewerbungen in bestimmten Bereichen so gravierend ist, dass die ausgeschriebenen Ausbildungsstellen in signifikanter Zahl nicht besetzt werden können. Der Arbeitgebendenmarkt wandelt sich zunehmend in einen Bewerbendenmarkt.

2. Je mehr Stellen desto weniger Bewerbende

Die absoluten Bewerbungen sind in den letzten Jahren zwar minimal gestiegen, die Bewerbungen pro Stelle sinken aber. Haben sich 2019 noch durchschnittlich 11,09 Personen auf eine ausgeschriebene Ausbildungsstelle beim Land Berlin beworben, waren es nach einem zwischenzeitlich leichten Anstieg der Bewerbungen in 2021 im Jahr 2022 nur noch 9,87.

Die Bewerbungen pro Stelle profitieren hierbei deutlich von den Bewerbungen in Ausschreibungen mit wenigen Ausbildungsplätzen. Während sich auf eine Ausbildungsstelle bei Bewerbungsverfahren mit weniger als 50 ausgeschriebenen Stellen im Jahr 2022 durchschnittlich 19,58 Personen beworben haben und bei fünf oder weniger Stellen sogar 39,23 Personen, waren es bei den Ausbildungen mit über 50 zu besetzenden Stellen nur 7,18 Personen.

Ausgeschriebene Ausbildungsstellen	Bewerbungen pro Stelle
< 5	39,23
< 50	19,58
> 50	7,18

Auch profitiert die Zahl der Bewerbungen pro Stelle scheinbar deutlich von Parallelbewerbungen bei mehreren Dienststellen. Berufsausbildungen mit mehr als einer anbietenden Dienststelle im Land Berlin kommen auf durchschnittlich 31,02 Bewerbungen pro Stelle, wo hingehend Dienststellen die als einzige die Ausbildung anbieten, nur 7,91 Bewerbungen pro Stelle verzeichnen können.

Besonders niedrig sind die Bewerbungszahlen bei den Berliner Finanzämtern, der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr. Alle drei Behörden besetzen derzeit Stellen für Beamtinnen und Beamte mit zum Teil weit unter vier Bewerbungen pro Stelle in manchen Bewerbungsverfahren.

Auch die Anzahl der zurückgezogenen Bewerbungen war mit 13,23 % im Jahr 2022 alarmierend hoch. Grund hierfür könnten die immer noch wesentlich zu lang dauernden Bewerbungsverfahren sein. Das Land Berlin hat sich zwar vorgenommen Bewerbungsprozesse deutlich zu verkürzen, nach den vorliegenden Daten ist dies bisher aber nicht gelungen. Mussten Bewerbende im Jahr 2019 im maximalen Durchschnitt 4,5 Monate auf eine Einstellungszusage warten, waren es im Jahr 2022 nach wie vor über 4 Monate.

Der letzte Platz in Sachen Dauer des Bewerbungsverfahrens geht an die Berliner Feuerwehr. Bei der Berliner Feuerwehr müssen Bewerbende in beinahe allen Ausbildungsgängen im Durchschnitt **acht Monate** auf eine Einstellungszusage warten.

Betrachtet man den Arbeitsmarkt über den öffentlichen Dienst hinaus, zeigen Studien, dass Bewerbende zügige Bewerbungsvorgänge erwarten. Im Jahr 2021 konnten laut einer Studie

Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung

für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten
des Landes Berlin

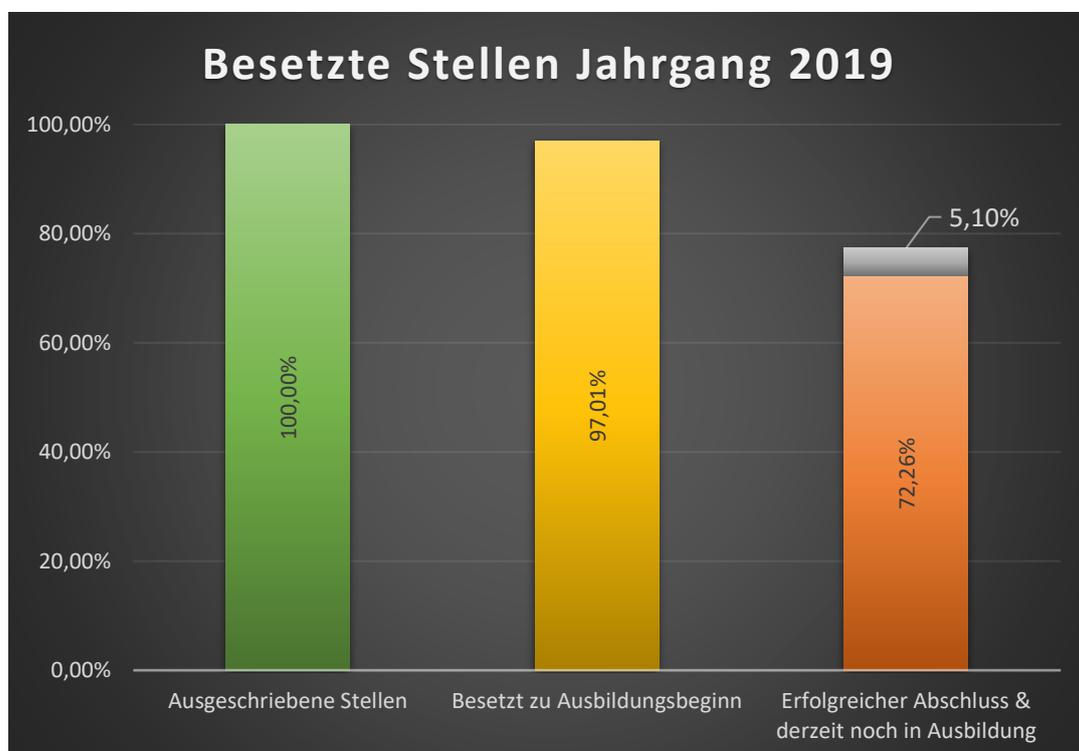


60,2 % der Arbeitgebenden Einstellungsprozesse innerhalb von vier Wochen abschließen. Etwa ein Viertel der Bewerbenden bemängelt hierbei dennoch, dass sie keine angemessen schnelle Antwort auf ihre Bewerbung erhalten hätten.¹

3. Mehr ist immer besser?

Das Land Berlin versucht der Zunahme an Aufgaben in Verbindung mit den steigenden Verrentungs- und Pensionierungszahlen mit einem „Mehr“ ausgeschriebener Stellen für Ausbildungen entgegenzuwirken. Ein Konzept, welches nur bedingt zu funktionieren scheint.

Betrachtet man den Einstellungsjahrgang 2019 im Gesamten, konnten von 100 % der ausgeschriebenen Stellen 97,01 % zu Beginn der Ausbildung besetzt werden. Die Ausbildung beendet haben jedoch nur 72,26 % der zu besetzenden Stellen. 5,10 % befinden sich noch in Ausbildung. Die Ausbildung abgebrochen haben aus dem Jahrgang 2019 mindestens 20,26 % der eingestellten Nachwuchskräfte. Zum Zeitpunkt der Datenerhebung waren 22,64 % der ausgeschriebenen Stellen zum Ausbildungsbeginn vakant oder aufgrund von Ausbildungsabbrüchen unbesetzt.



¹ Vgl. Prof. Dr. Wald u. Athanas; Candidate Experience Studie 2021/22; Seite 6.

Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung

für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten
des Landes Berlin



Bis zum Jahr 2022 wurden die Kapazitäten an ausgeschriebenen Ausbildungsstellen um insgesamt 15,02 % erhöht. Blieb 2019 nur eine von 33 Stellen zum Ausbildungsbeginn leer, war es im letzten Jahr schon jede zehnte Stelle. Von den 90,08 % der Stellen, die im Jahr 2022 besetzt werden konnten, sind Anfang des Jahres 2023 und damit in den meisten Fällen nur wenige Monate nach Ausbildungsbeginn bereits weitere knapp 90 Stellen (3,10 %) durch Ausbildungsabbrüche unbesetzt.



Die unbesetzten Stellen betreffen hierbei nicht alle Dienststellen und Ausschreibungen gleichermaßen. Nur in 64,26 % der analysierten Ausschreibungen der letzten 4 Jahre konnten alle ausgeschriebenen Stellen besetzt werden, in 8,94 % der Fälle konnten 50 % oder mehr der ausgeschriebenen Stellen nicht besetzt werden und in 2,55 % der Fälle wurde gar keine der ausgeschriebenen Stellen besetzt.

100 % besetzte Stellen	64,26 %
90 % oder weniger	29,36 %
75 % oder weniger	18,94 %
50 % oder weniger	8,94 %
0 besetzte Stellen	2,55 %

Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung

für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin

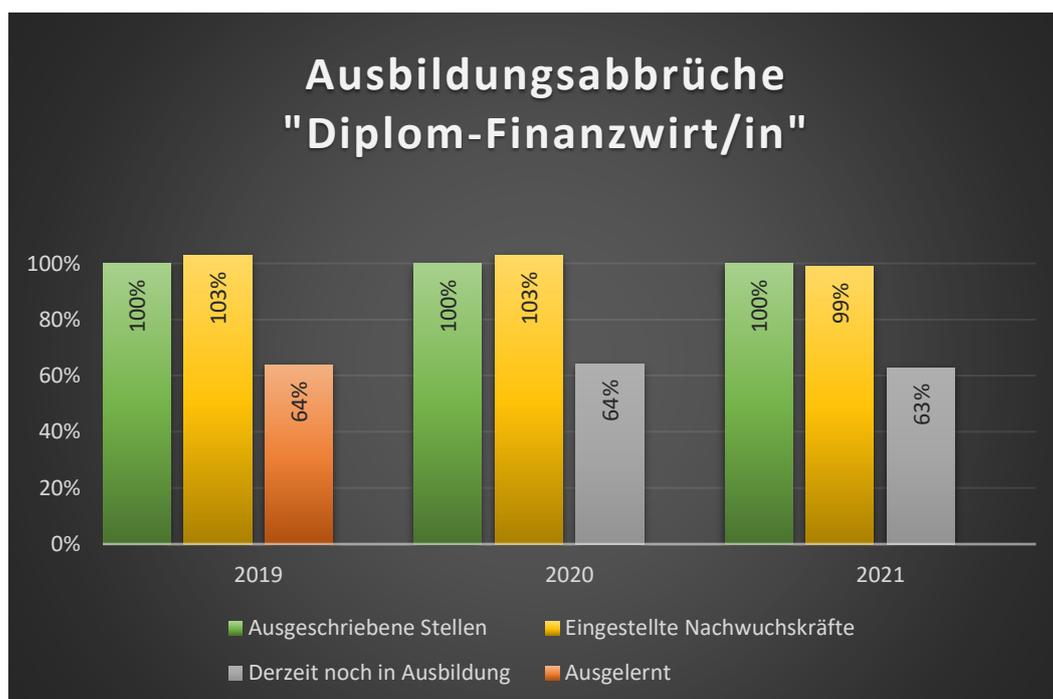


Durchschnittlich blieben 7,45 % der zwischen 2019 und 2022 ausgeschriebenen Stellen zu Beginn der Ausbildung unbesetzt. Für 25,11 % der seit 2019 ausgeschriebenen Stellen wurde Anfang 2023 ein erfolgreicher Ausbildungsabschluss erzielt. Auf 56,34 % der ausgeschriebenen Stellen befinden sich noch Menschen in Ausbildung. **Von den Ausbildungsjahrgängen 2019 bis 2022 fehlen uns daher bereits jetzt Kolleginnen und Kollegen für 18,55 % der ausgeschriebenen Stellen.**

In 374 der 475 Ausschreibungen befindet sich derzeit zumindest noch ein Teil der eingestellten Nachwuchskräfte in Ausbildung. Es handelt sich bei den 18,55 % also nur um eine Momentaufnahme. Betrachtet man lediglich die vollständig abgeschlossenen Ausbildungsgänge, so ist ein Defizit von **21,31 %** gegenüber den ursprünglich ausgeschriebenen Stellen zu erkennen. **Die Ausbildung nicht geschafft oder freiwillig abgebrochen haben insgesamt 18,10 % der eingestellten Nachwuchskräfte.**

Bei der Abbruchquote stechen vor allem zwei Berufsgruppen hervor: die Senatsverwaltung für Finanzen mit dem Studium zur/zum „Diplom-Finanzwirt/in“ und die Polizei Berlin mit der Ausbildung zur/zum „Polizeimeister/in“.

Im vollständig beendeten Studiengang „Diplom-Finanzwirt/in“ aus dem Jahr 2019 lag die Abbruchquote bei **37,96 %** und damit mehr als doppelt so hoch wie der berlinweite Durchschnitt. Die Aussicht für die Zukunft sieht in diesem Beruf nicht besser aus: In den noch laufenden Studiengängen 2020 und 2021 fehlen bereits jetzt 37,50 % und 36,54 % der eingestellten Nachwuchskräfte. Es ist mit wesentlich höheren Werten zum Ende der Ausbildung zu rechnen.

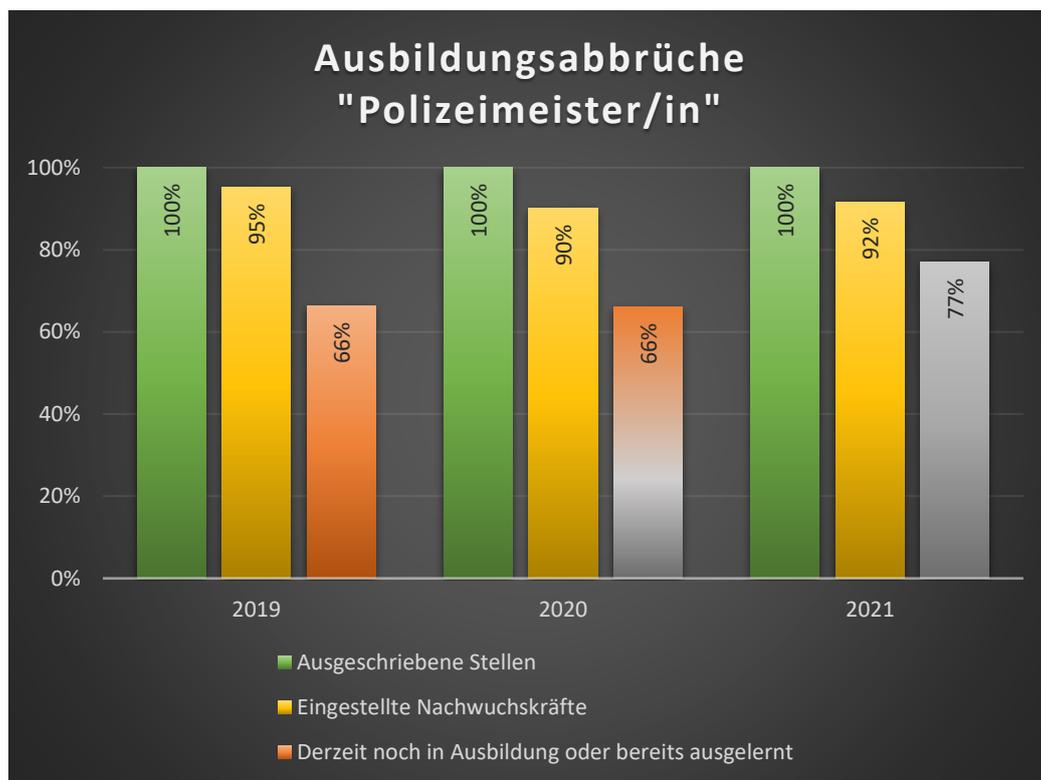


Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung

für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin



Auch die Polizei Berlin hat insbesondere in der Ausbildung zur/zum „Polizeimeister/in“ erhebliche Verluste an Nachwuchskräften zu verzeichnen. In den bereits fast vollständig beendeten Ausbildungsjahrgängen 03/2019, 09/2019 und 03/2020 beendeten im Mittelwert 27,54 % der eingestellten Auszubildenden die Ausbildung nicht. Betrachtet man den zum Zeitpunkt der Datenerhebung noch laufenden Einstellungsjahrgang 09/2020 fehlten in diesem bereits vor Beendigung der Ausbildung 31,29 % der eingestellten Nachwuchskräfte.



Zu der hohen Abbruchquote kommt bei der Polizei Berlin die hohe Quote an bereits zu Einstellungsbeginn nicht besetzten Stellen hinzu. In den drei zum Zeitpunkt der Datenerhebung beendeten Jahrgängen 03/2019, 09/2019 und 03/2020 fehlten zum Ende der Ausbildung im Durchschnitt 32,16 % der dringend benötigten 312 ausgeschriebenen Stellen. Im Einstellungsjahrgang 09/2020 fehlten bereits vor Beendigung der Ausbildung **38,78 %**.

4. Fazit

Es gibt natürlich auch positive Seiten bei der Betrachtung der Zahlen, zum Beispiel haben sich beim Bezirksamt Treptow-Köpenick im Jahr 2021 insgesamt 476 Bewerbende auf den einen angebotenen Studienplatz „Soziale Arbeit“ beworben. Allgemein sind die dualen Studienplätze im Land Berlin, ohne die bewerbungsschwachen Studiengänge bei Polizei, Feuerwehr und den Finanzämtern, mit durchschnittlich knapp über 30 Bewerbungen pro Studienplatz in den letzten vier

Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung

*für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten
des Landes Berlin*



Jahren sehr beliebt. Leider sind die Kapazitäten mit lediglich knapp über 150 angebotenen Plätzen im Jahr 2022 dagegen überschaubar.

Auf der anderen Seite gibt es aber leider auch viele negative Seiten, die sich aus dem Zahlenmaterial ergeben haben: So kamen auf eine Stelle für Anwärtinnen und Bewerber weniger als vier Bewerbungen. Berlinweit blieben im letzten Jahr 10 % der Stellen zu Ausbildungsbeginn unbesetzt. In einzelnen Ausbildungen gab es Abbrüche von bis zu 40 %. **Das muss ein klares Warnsignal an die Berliner Landespolitik und jede betroffene Dienststelle im Land Berlin sein, ein „Weiter so!“ ist keine Option.**

Wer kann es einer 18-Jährigen verübeln, dass sie nicht 8 Monate auf eine Einstellungszusage bei der Berliner Feuerwehr warten möchte, das sind fast 5 % ihrer bisherigen Lebenszeit.

Wer erklärt der Bevölkerung in Berlin, dass der Rettungswagen nicht mehr rechtzeitig kommen kann, weil statt der 150 benötigten Notfallsanitäterinnen oder Notfallsanitäter nur 110 vom Land Berlin eingestellt werden konnten.

Während fast täglich der Ausnahmezustand für den Rettungsdienst ausgerufen wird, kann sich das Land Berlin einen Stellenleerstand in den Ausbildungen 112 Classic und 112 Medic von knapp 25 % allein im letzten Jahr nicht leisten.

Bietet das Studium zur/zum „Diplom-Finanzwirt/-in“, welches 2 von 5 Personen abbrechen, die berufliche Sicherheit, die ein 20-Jähriger Interessent erwartet?

Wer soll in Zukunft das Land Berlin finanziell am Laufen halten, wenn bereits heute Personal für zwei komplette Finanzämter (ca. 600 Stellen) fehlt und die Ausbildungswilligen durch die nicht auf den Berufsalltag ausgerichtete Konzeption des Studiums am Ergreifen Ihres Berufswunsches gehindert werden.

Wer kann es einer 19-Jährigen interessierten Person für eine Ausbildung bei der Polizei Berlin verübeln, dass sie sich nicht bewirbt, wenn die berufliche Zukunft aus 41,5 Stunden Schichtdienst mit nicht planbaren und familienunfreundlichen Diensten in einer Behörde mit über 2.300.000 (2,3 Millionen) Überstunden² und einem Sanierungsstau von über 2.100.000.000 Euro (2,1 Milliarden) besteht.³

Wer kann unseren Bewerbenden verübeln, dass sie lieber das Ausbildungsangebot eines Unternehmens annehmen, das bereits 14-Tage nach Bewerbungseingang einen Ausbildungsvertrag vorlegen kann, moderne Ausbildungsmittel zur Verfügung stellt und zudem mit

² Vgl. Alexander Fröhlich, 2021, „Pandemiekontrollen und Coronademos: Rekord an Überstunden bei der Berliner Polizei“, erschienen im Tagesspiegel am 08.06.2021 (<https://t1p.de/vz2u3>).

³ Vgl. Philipp Siebert, 2022, „Berliner Polizei: Sanierungsstau bei 1,8 Milliarden Euro“, erschienen in der Morgenpost am 12.08.2022 (<https://t1p.de/du4ma>).

Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung

*für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten
des Landes Berlin*



flachen Hierarchien, einer attraktiven Bezahlung, einer ausgewogenen Work-Life-Balance und der flächendeckenden Möglichkeit zum mobilen Arbeiten punkten kann.

In knapp 30 % aller Ausschreibungen der letzten vier Jahre konnten mehr als 10 % der Ausbildungsstellen aufgrund eines erheblichen Mangels an qualifizierten Bewerbenden nicht besetzt werden. Das Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin sieht für diesen Fall die Gewährung eines Anwärtersonderzuschlags von in der Regel bis zu 70 % der Grundbesoldung vor. Für die Besetzung der Beamtenstellen im Land Berlin ein Mittel, dass aus Sicht der Haupt-JAV bisher viel zu selten eingesetzt wird. Ein vergleichbares Instrument fehlt bei tariflichen Ausbildungen derzeit gänzlich.

Das Land Berlin verliert nicht nur eine signifikante Anzahl an Bewerbenden auf dem Weg zur Einstellung, sondern auch während der Ausbildung. Berlinweite Abbruchquoten von fast jeder fünften Nachwuchskraft müssen reduziert werden. Eine enge soziale Begleitung von Nachwuchskräften, eine qualitativ hochwertige Ausbildung und der Versuch zur Vermittlung eines besser passenden Ausbildungsplatzes im Land Berlin bei Ausbildungsabbruch könnten hier Abhilfe schaffen.

Das Land Berlin sitzt auf einem Pulverfass: Der Arbeitsmarkt wird sich in den nächsten Jahren voraussichtlich nicht entspannen können. Auf der anderen Seite wird sich jedoch der Personalbedarf durch die hohen Verrentungs- und Pensionierungszahlen stetig erhöhen. Bis 2031 werden rund 30 % der Beschäftigten den Berliner Landesdienst altersbedingt verlassen. Einzelne Dienststellen werden bis dahin sogar mehr als die Hälfte ihres Personals ersetzen müssen.⁴ Hinzu kommt die Herausforderung des stetig wachsenden Stellenleerstandes.⁵ Möchte das Land Berlin die Personalsituation in Zukunft nicht noch weiter verschärfen, müssen jetzt dringend Veränderungen erfolgen.

⁴ Vgl. Jens Anker, 2023, „Öffentlicher Dienst: Wo die meisten Mitarbeiter ausscheiden“, erschienen in der Morgenpost am 19.06.2023 (<https://t1p.de/mk3w4>)

⁵ Vgl. BZ, 2017, „Knapp 4000 Stellen in Berliner Verwaltung unbesetzt“, erschienen in der BZ am 31.07.2017 (<https://t1p.de/3vbup>) und Robert Kniesel, „Arbeitsfähigkeit gefährdet: Knapp 7000 offene Stellen in Berliner Behörden“, erschienen im Tagesspiegel am 26.04.2023 (<https://t1p.de/alpit>).